

KLEMENS RICHTER

## Katholische Kirche in der DDR

Wandel kirchlicher Strukturen  
unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft

### VORBEMERKUNGEN

Auf wenigen Seiten eine inzwischen mehr als zwanzigjährige Entwicklung, wie sie die katholische Kirche in der DDR unter den Bedingungen eines atheistischen Weltanschauungsstaates durchstanden hat, nachzuzeichnen, scheint nahezu unmöglich. Ein solcher Versuch wird zudem dadurch erschwert, daß Materialien über innerkirchliche Vorgänge außerhalb der DDR kaum zugänglich und selbst in der DDR nur partiell verfügbar sind. Entsprechende Informationen, Unterlagen und Dokumente dringen nur selten über die Ordinariate hinaus und können nur in den wenigsten Fällen zu einer lückenlosen Dokumentation zusammengefügt werden. Diese Zurückhaltung auf dem Gebiet kirchlicher Information dürfte dazu geführt haben, daß sich in der Bundesrepublik auch an der Materie Interessierte, wenn sie sich nicht durch persönliche Begegnungen in der DDR immer erneut orientieren, ein nur unvollständiges Bild von der innerkirchlichen Entwicklung des Katholizismus im anderen Teil Deutschlands machen können.

Diese Gegebenheiten werden durch die Informationsträger, die sich in der Bundesrepublik hin und wieder auch mit der katholischen Kirche in der DDR beschäftigen, nicht erleichtert. Zwar ist begreiflich, daß die Kirchenpresse, zumeist von der Katholischen Nachrichten Agentur (KNA) beliefert, weitgehend alles eliminiert, was das Mißfallen der (Ost-)Berliner Ordinariatenkonferenz erregen könnte. Denn anders als bei Berichten über kirchliche Vorgänge in anderen Staaten kommunistischer Prägung ist Rücksicht auf mögliche Interventionen des Berliner Ordinariates<sup>1</sup> oder auch der bundesdeutschen Ordinariate zu nehmen,

---

<sup>1</sup> Der Verf. hat sechs Folgen zur Situation der Kirche in der DDR unter dem Titel »Kirche in der DDR« verfaßt, in: KNA, Katholische Korrespondenz 1970, Nr. 23,

die noch Gebietsanteile auf dem Territorium der DDR haben<sup>2</sup>. Daß bei bischöflichen Behörden in der DDR Sorge vor westdeutschen Veröffentlichungen besteht, die nicht im Sinne ihrer eigenen Vorstellungen verfaßt sind, ist verständlich, da Rückwirkungen auf die eigene Situation und Stellung auch gegenüber dem Staat befürchtet werden<sup>3</sup>. Da schon die Kenntnis über allgemeine Entwicklungen in der DDR, ganz zu schweigen von der Lage der Kirchen, im Westen erschreckend gering ist, wird drüben kein Verständnis für die eigene Situation erwartet. Das in der westlichen Kirchenpresse gezeichnete Bild beschränkt sich daher zumeist auf die Darstellung einer unterdrückten, dem totalen Anspruch des Staates ausgelieferten Kirche, die mutig und aufrecht, die Reihen fest geschlossen, ihren Weg geht<sup>4</sup>. Es wird behauptet, daß jede Differenzierung, jeder Meinungspluralismus zum Ende kirchlicher Bewegungsfreiheit führen werde<sup>5</sup>. Daß solche Differenzierungen tatsäch-

---

24, 25, 26, 27, 29. Das veranlaßte den Chefredakteur des (Ost-)Berliner »Hedwigsblattes«, Prälat O. Groß, zu einem Beschwerdebrief an KNA, der von ihm in Westberlin verfaßt und abgeschickt wurde.

- <sup>2</sup> Bekanntlich liegt mit Meißen nur ein Bistum zur Gänze auf dem Gebiet der DDR. Hinzu kommen das Erzbischöfliche Amt Görlitz als Sprengel der Diözese Breslau, das seit der Ernennung von Bischof *Schaffran* in Personalunion von Meißen verwaltet wird, und Berlin, das Westberlin mit einschließt. Die übrigen Jurisdiktionsbezirke sind Kommissariate und Generalvikariate bundesdeutscher Bistümer: Generalvikariat Erfurt für Fulda, Kommissariat Magdeburg für Paderborn, Kommissariat und Generalvikariat Meiningen für Würzburg, Kommissariat Schwerin für Osnabrück. Schwerin und Magdeburg haben nach Ernennung der neuen Bischöfe *Theissing* und *Braun* zu Adjutoren (kirchenrechtliche Neuschöpfung für die besondere Situation der DDR) noch keine Sonderstellung. Der Vatikan ist damit wohl dem Wunsch der DDR nach Errichtung eigener Diözesen oder wenigstens der Ernennung von Administratoren einen kleinen Schritt entgegengekommen.
- <sup>3</sup> Zweifellos werden von den Staatsorganen der DDR bundesdeutsche Veröffentlichungen zur Situation der Kirchen in der DDR verfolgt. So wurde auf einen Artikel des *Verf.* (Anpassung in der DDR: Publik Nr. 43, 24. 10. 1969, S. 23) hin, in dem er am Beispiel einer Radiopredigt die staatliche Zensur erwähnte, der Rundfunkbeauftragte der katholischen Kirche, der damalige Leipziger Propst *E. Pfeiffer*, von Radio DDR zu einem Leserbrief veranlaßt (Publik Nr. 49 v. 5. 12. 1969), der die Zensur als solche allerdings nicht verneinte. Auch aus Beiträgen der »Begegnung, Zeitschrift progressiver Katholiken«, eine 1971 im 11. Jahr erscheinende Monatsschrift regimetreuer CDU-Katholiken, geht hervor, daß wichtigere westdeutsche katholische Publikationen, besonders Herder-Korrespondenz und (bis November 1971) Publik, regelmäßig verfolgt werden. Inwieweit Rückwirkungen aber zu erwarten sind, ist pauschal nicht angebar.
- <sup>4</sup> Eine kritische Untersuchung der Darstellung des DDR-Katholizismus in der bundesdeutschen Kirchenpresse sowie der Kirche nahestehender Informationsorgane fehlt bislang. Sie würde vermutlich dieses einseitige Bild bestätigen.
- <sup>5</sup> *R. Schnell* (vermutlich Pseudonym für einen KNA-Redakteur), Kirche zwischen Kommunismus und Konzil, schreibt z. B. im Juni 1971 in einer Kirchenzeitung, was ähnlich auch andernorts zu lesen ist: »Dieser Prozeß geht nicht so krisen-

lich bestehen, wird entweder geleugnet<sup>6</sup>, oder die Vertreter von Meinungen – etwa anderen theologischen Richtungen –, die der Linie der Ordinariate nicht entsprechen, werden als trojanische Pferde für die Ziele kommunistischer Kirchenpolitik gebrandmarkt<sup>7</sup>.

Wissenschaftliche Untersuchungen zu bestimmten Phänomenen des DDR-Katholizismus existieren nicht, obwohl es von großem Wert wäre, wenn von kirchenpolitischen Interessen unabhängige Arbeiten erstellt würden<sup>8</sup>.

Über die Lage der evangelischen Kirchen in der DDR ist seit Jahren sehr viel mehr zu erfahren, obwohl ihre Besorgnisse nicht geringer sein dürften. Regelmäßige Berichte im Evangelischen Pressedienst (epd) lassen den Weg dieser Kirchen nahezu lückenlos verfolgen. Erstmals wurde kürzlich sogar eine eigene Dokumentation vorgelegt, die Unterlagen zur Entstehung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR kommentiert<sup>9</sup>. An etwas Gleichartiges darf auf katholischer Seite längst noch nicht gedacht werden, obwohl 1971 erstmals an einem Ort

---

belastet vor wie in der Bundesrepublik. Die Bischöfe und Christen wissen, daß jede revolutionäre Theologie ihrem Wirken Schaden zufügen könnte. Jede – auch nur scheinende – Uneinigkeit unter den Christen, gleich welchen Bekenntnisses, würde der Regierung das Alibi geben, gegen die Religionen vorzugehen.«

Daß es auch anders geht, zeigt der Osnabrücker Kirchenbote Nr. 26/27 v. 27. 6. 1971 in einem ungezeichneten Artikel zur Einweihung der neuen Christuskirche in Rostock, deren Erbauung innerhalb eines Jahres »der vorbildlichen Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen zu danken« ist. Warum der Staat, der sonst selten Baugenehmigungen erteilt, hier so großzügig half, wird nicht gefragt.

<sup>6</sup> Eine Ausnahme bilden die SOG-Papiere (Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaften von Priester- und Solidaritätsgruppen in der BRD und der SOG Österreich), die im 4. Jahr (1971) Dokumente aus der DDR-Kirche bringen. Diese sind, der Zielsetzung dieser Gruppe entsprechend, ebenfalls einseitig auf Wiedergabe von kritischen Meinungen bedacht. Vgl. zuletzt in Nr. 6, Sept. 1971.

<sup>7</sup> Vgl. W. Martin, Bekenntnis der Kirche zur »DDR«?: Rheinischer Merkur Nr. 32 v. 6. 8. 1971. Hier wird kritischen Stimmen aus der DDR am Beispiel eines Rundfunkbeitrages (K. Richter, Zur Pastoral-synode in der DDR: WDR, II. Progr., 6. 7. 1971), der in journalistisch zweifelhafter Weise verwertet wird, vorgeworfen, die Kirchenpolitik der SED zu besorgen.

<sup>8</sup> Der Katholische Arbeitskreis für zeitgeschichtliche Fragen e. V. beschäftigt sich in seinem Informationsdienst – hrsg. von A. Stein, H. Köppler, F. Kronenberg (bis September 1971 54 Hefte) – vornehmlich mit Fragen der Kirche in kommunistischen Ländern. Was hier zur DDR-Kirche berichtet wird, ist in seiner Qualität sehr unterschiedlich, in letzter Zeit aber weniger subjektiv gefärbt. Zumeist handelt es sich aber um journalistisch gemachte Kommentare ohne wissenschaftlichen Anspruch. Auch die Herder-Korrespondenz ist nach Meinung von DDR-Katholiken nicht immer frei von einseitiger Darstellung.

<sup>9</sup> R. Henkys, Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Dokumente zu seiner Entstehung ausgewählt und kommentiert (epd-Dokumentation 1), Witten-Frankfurt-Berlin 1971.

zu einer Frage – zur Pastoralynode für alle Jurisdiktionsbezirke im Bereich der DDR – wenigstens die offiziellen kirchlichen Verlautbarungen veröffentlicht wurden<sup>10</sup>.

Mehr Informationen gibt es über die Absichten des Staates gegenüber der Kirche, jedenfalls soweit diese durch Veröffentlichungen abgedeckt werden. Die innerkirchliche Situation ist naturgemäß nicht unabhängig von der Religionspolitik der DDR-Führung und damit auch der Kirchenpolitik des sozialistischen Lagers insgesamt zu sehen<sup>11</sup>.

#### DIE ENTWICKLUNG DER KATHOLISCHEN KIRCHE IN DER DDR

Es scheint auf den ersten Blick nahezu selbstverständlich, daß sich unter den Bedingungen eines kommunistisch-atheistischen Weltanschauungssystems die Strukturen der Kirche wandeln müssen. Es ist aber, und die Entwicklung der Russisch-Orthodoxen Kirche scheint dies zu bestätigen, durchaus denkbar, daß sich die Strukturen im Prozeß der Abgrenzung gegenüber einer tatsächlich feindseligen oder zumindest doch als feindselig empfundenen Umwelt verhärten, schon bestehende Durchlässe wieder rückgängig gemacht werden und die Kirche von gestern als die von heute und morgen fest institutionalisiert wird. Dem etatistischen kommunistischen System könnte eine offene Kirche, eine Kirche des Wandels, unangenehm sein, weil das staatliche System bei seinen eigenen Organisationsformen Pluralismus nicht duldet und ihn anderwärts daher auch als bedrohlich und vorbildlich im negativen Sinne verstehen könnte.

Die Strukturen der katholischen Kirche in der DDR, die gerade in den letzten Jahren – viel später als in den Evangelischen Kirchen übrigens – aufbrechenden Meinungsverschiedenheiten über den künftigen Weg des Katholizismus, sind nicht zu verstehen ohne einen Überblick über die Entwicklung seit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Darüberhinaus ist zu beachten, daß die Kirche zu diesem Zeitpunkt schon zwölf

<sup>10</sup> Die Pastoralynode in der DDR, in: Synode. Amtliche Mitteilungen der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der BRD, Nr. 3, 1971, S. 5–22. Allerdings werden kritische Stimmen wie die des Aktionskreises Halle nicht angemerkt.

<sup>11</sup> Zwar gibt es Unterschiede in der Kirchenpolitik der einzelnen Länder des sozialistischen Lagers, die durch die besondere geschichtliche Entwicklung, durch die Zahl der Katholiken etc. bedingt sind. Nach wie vor übereinstimmendes Ziel dürfte das Ende von Religion überhaupt, ggf. eine ergebene »sozialistische Nationalkirche« (vgl. die russische Orthodoxie) oder doch eine möglichst konservative Klerikerkirche sein, die keine Ausstrahlung oder Anziehungskraft ausübt. Vgl. Die Religionspolitik in den kommunistischen Staaten: Herder-Korrespondenz 24 (1970) 183–188.

Jahre mehr oder weniger unfrei war. Die Mehrzahl der Christen, Priester oder Laien, weiß aus eigener Erfahrung nicht mehr, wie Kirche sich im freien Spiel der Kräfte zu entfalten vermag. Und viele Erscheinungen im westdeutschen Katholizismus werden wohl auch daher mit einem gewissen Unverständnis betrachtet<sup>12</sup>.

Eine Pluralisierung der Meinungen im theologischen, aber hier und da auch im gesellschaftspolitischen Bereich wird in der DDR zunehmend deutlich seit dem Konzil. Dabei ist es bis zum Ende der sechziger Jahre weder zu einer solchen Polarisierung wie im Westen gekommen, noch haben sich auch nur annähernd so viele Kritiker offizieller kirchlicher Autorität gefunden wie hier. Und selbst heute sind kritische Gruppen kaum ebenso repräsentativ für eine bestimmte Anzahl von Gläubigen wie etwa in der Bundesrepublik.

Der Neuansatz des Konzils für das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft mußte notwendig Sprengstoff für die Kirche in der DDR in sich bergen. Der Staat versteht darunter Anerkennung und Zustimmung zu den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR sowie Abgrenzung von der Kirche im Westen, die unter der CDU/CSU-Regierung als »klerikal-militaristische Kirche« propagandistisch abgestempelt wurde. Die Auseinandersetzung innerhalb der Kirche geht seither darum, wieweit zu dieser Gesellschaft ein Ja gesprochen werden kann, mehr aber noch darum, inwiefern kirchliche Institutionen und Strukturen sich angesichts dieser staatlichen Wunschliste reformieren dürfen. Es dauerte daher seine Zeit, bis ein so anerkannter Theologe wie der Erfurter Exeget *H. Schürmann* in Bezug auf die Verwirklichung des Konzils in der DDR öffentlich sagen konnte: »Die Frage ist, ob dies auch bei uns schon geschieht? Die Kirche hat sich immer schwer getan, ihre Reformbedürftigkeit zuzugeben . . . Die Reform wird nicht nur beschränkt auf die Herzen der Gläubigen, sondern auch ausgeweitet auf die kirchlichen Institutionen«<sup>13</sup>. Und noch konkreter formulierte damals der 1971 mit der Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät Münster ausgezeichnete Leipziger Oratorianer *W. Trilling*: »Fragen wir dann nach der Verwirklichung in unseren Verhält-

<sup>12</sup> Für einen DDR-Katholiken war die Auseinandersetzung über die Konfessionsschule hierzulande schwer verständlich. Auch die Militärseelsorge stößt oft auf Unverständnis, wie überhaupt alle Erscheinungen, bei denen Staat und Kirche in irgendeiner Form zusammenwirken.

<sup>13</sup> *H. Schürmann*, Grundsätzliche Konsequenzen des Konzils für die Pastoral (Referat), zitiert in: *W. Trilling*, Der Weg der katholischen Kirche in der DDR, Vortrag im Görres-Werk Leipzig, 12. 10. 1967, S. 1 (vervielf. »nur für innerkirchl. Dienstgebrauch«).

nissen, so wissen wir alle, daß hier *besondere Schwierigkeiten* gegeben sind. Sie sind bedingt durch die *Diaspora*, in der wir seit über zweihundert Jahren leben und durch die *sozialistische Gesellschaftsordnung der DDR*. Diese Situation verlangt eine genaue Kenntnis und ein sorgfältiges Abwägen der Möglichkeiten. Modelle, die für andere Situationen gültig sind, können nicht ohne weiteres übertragen werden. Wir müssen nach eigenen suchen. Davon gibt es keine Dispens und keine Abstinenz. Denn die Sendung der Kirche gilt für *alle Verhältnisse*, in denen sich Christen befinden, wenn sie sich auch in verschiedenen Formen verwirklicht. Die Pastoralkonstitution über »Die Kirche in der Welt« sagt das ausdrücklich: »Die Kirche ist kraft ihrer Sendung und Natur an keine besondere Form menschlicher Kultur oder ein besonderes politisches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches System gebunden« (Nr. 42)<sup>14</sup>.

In der speziellen Frage des Verhältnisses der Kirche zum marxistisch geprägten Staat in den letzten beiden Jahrzehnten müssen zwei Extreme unterschieden werden. Beide sind einseitig und deshalb falsch: Auf der einen Seite eine prinzipielle Geisteshaltung, die zutreffend als Antikommunismus bezeichnet werden kann. Da wird in primitiver Weise alles beargwöhnt, abgelehnt und verurteilt, was von »der anderen Seite stammt«. Andererseits war eine unkritische Gleichsetzung der Ziele von Christentum und Sozialismus ebenso einseitig und falsch. So wird bis heute in einer vom Sekretariat des Hauptvorstandes der (Ost-)CDU herausgegebenen Broschüre verbreitet: »Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze«<sup>15</sup>. Weiter wird behauptet: »Darüber hinaus ist es von Bedeutung, daß die für alle geltenden Gesetze und die Formen der Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens weithin in Harmonie mit den Grundforderungen stehen, die unsere Kirche hinsichtlich des menschlichen Gemeinschaftslebens erhebt«<sup>16</sup>. Oder es wird die Frage gestellt: »Ist denn Sozialismus überhaupt gleichbedeutend mit Atheismus? Sozialismus ist eine Ordnung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, Atheismus aber ist eine Form der Weltanschauung. Zwischen Sozialismus und Atheismus lassen sich daher keine Gleichheitszeichen setzen«<sup>17</sup>.

Die kirchliche Entwicklung in der DDR kann nicht zuletzt in ihrem Verhältnis zu den staatlichen Gegebenheiten in mehreren Perioden be-

<sup>14</sup> W. Trilling, a. a. O. 2. Hervorhebungen durch den Autor selbst.

<sup>15</sup> Katholisches Leben in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1967, 64. Es handelt sich um ein Zitat von W. Ulbricht vom 4. 10. 1960. Vgl. unten S. 228.

<sup>16</sup> Ebd. 65.

<sup>17</sup> Ebd. 69.

schrieben werden. Dabei ist es angesichts des vorliegenden Materials und des Umfangs dieses Aufsatzes nicht einfach, die Wirklichkeit richtig nachzuzeichnen. Es geht bei diesem Rückblick selbstverständlich weder beim Staat noch bei der Kirche um Urteile und auch nicht um eine Aufstellung von Versäumnissen und Mißständen.

1945 bis 1949: Kirchlich gesehen ist diese erste Periode durch den Ansturm der katholischen Heimatvertriebenen aus den östlichen Gebieten bestimmt. Die Diasporagemeinden in den Gebieten der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) waren dem kaum gewachsen<sup>18</sup>. »Doch für viele war die Kirche von früher her und so auch jetzt neue und geistige Heimat. Die Not dieser Zeit führte die Menschen zusammen; es gab kaum Spannungen zwischen den einheimischen Katholiken und den hinzukommenden. Die kleine Diasporakirche wurde durch diesen Ansturm mit *neuem Leben* erfüllt. Nicht nur die Zahlen wuchsen, auch die innere Kraft des Glaubens, die Vitalität eines heimatverbundenen lebendigen Glaubenslebens kam in unsere Gemeinden«<sup>19</sup>.

Aus dieser Zeit, weniger aus der gemeinsamen Abwehr nationalsozialistischen Terrors, stammt ein brüderliches Miteinander der Konfessionen in bis dahin ungekannter Weise. Evangelische Gemeinden stellten ihre Kirchen und Gemeinderäume den Katholiken zur Verfügung. So wird allein in der Diözese Meißen heute noch in etwa siebenhundert evangelischen Kirchen katholischer Gottesdienst gehalten<sup>20</sup>.

1949 bis 1956: Die zweite Periode ist durch das Stichwort »harte Fronten« gekennzeichnet. Allmählich wird deutlich, daß die provisorische Spaltung Deutschlands nicht leicht überwunden werden kann. Die Gründung beider deutscher Staaten 1949 zeigt, daß die nach dem Krieg geschaffenen Verhältnisse für die Kirche in der DDR einen langfristigen Charakter tragen. Das kirchliche Leben dieser Zeit ist durch mühsamen und zähen Aufbau charakterisiert. Statistisch wird wohl kaum zu erfassen sein, welche Mühe in diesen Jahren aufgewandt wurde, um das kirchliche Leben und die seelsorglichen Einrichtungen so zu festigen,

<sup>18</sup> Nach dem ersten Weltkrieg betrug die Zahl der Katholiken hier nur 1,2 Millionen. Das Bistum Meißen wurde erst 1921 wiedererrichtet, das Bistum Berlin erst 1930 gegründet. Durch den Zustrom der Umsiedler nach dem zweiten Weltkrieg stieg die Zahl der Katholiken auf 2,1 Millionen an. 1964 waren es aber nur noch etwa 1,3 Millionen, die sich zur katholischen Kirche bekannten. Vgl. unten Anm. 50.

<sup>19</sup> W. Trilling, a. a. O. 4.

<sup>20</sup> Als Himmelfahrt 1968 die (evangelische) Universitätskirche in Leipzig der »sozialistischen Umgestaltung« des Karl-Marx-Platzes weichen mußte, stellte die evangelische Kirche den nun auch wieder heimatlos gewordenen Katholiken, die seit Kriegsende über keine eigene Stadtkirche mehr verfügen und die Universitätskirche mitbenutzen, sofort die nahegelegene Nikolaikirche zur Verfügung.

wie es heute selbstverständlich ist. Dabei ist nicht nur der Einsatz bei Aus- und Umbau von Gasthäusern, Garagen und Schuppen zu Kirchen und Kapellen zu bedenken. Die diözesanen Verwaltungsgebiete mußten neu geordnet werden, da die Verbindungen zu den im Westen Deutschlands liegenden Ordinariaten mehr und mehr beschnitten wurden.

Eine der wichtigsten Fragen, der Priesternachwuchs, verlangte nach einer Lösung. Anfangs war es selbstverständlich, daß die Theologen in westdeutschen Seminaren und Fakultäten ihre theologischen Studien ableisteten. Aus innerer Notwendigkeit und auf Drängen des Staates wurde der Plan entwickelt, die Priesterausbildung für den Raum der DDR in eigenen Anstalten durchzuführen. Zunächst war vorgesehen, in Biesdorf, das zu Großberlin gehört, ein Seminar zu errichten. Die Vorbereitungen waren schon so weit gediehen, daß die Einladungen zur Einweihungsfeier verschickt worden waren. Im letzten Augenblick wurde die Genehmigung von seiten der Regierung zurückgezogen, und zwar mit der heute eigenartig erscheinenden Begründung, daß das Priesterseminar auf dem Gebiet der DDR, nicht auf dem Gebiet Berlins liegen müsse. So kam es zur Gründung des Priesterseminars in Erfurt 1952. Andere Institute wurden in Halle, Magdeburg und Schöneiche errichtet, um dem Erfurter Philosophisch-Theologischen Studium Nachwuchs zu sichern, vor allem da sich zunehmend Berufstätige ohne Abitur melden. In den Seminaren auf der Huysburg bei Halberstadt und in Neuzelle werden die letzten Jahre vor der Weihe abgeleistet.

Von besonderer Bedeutung ist die Gründung des St.-Benno-Verlages im April 1951, der in den zwanzig Jahren seines Bestehens mehr als 2200 Titel mit insgesamt zehneinhalb Millionen Exemplaren herausgeben konnte. Hinzu kommen über acht Millionen Schriften geringeren Umfangs, über vier Millionen Gebets- und Meßtexte. »Da die Bücher in allen Pfarrbüchereien durch die Ausleihe einen weiteren Leserkreis erreichen, dienen sie in beachtlicher Weise dem kirchlichen Auftrag der Glaubensverkündigung und sind Hilfe für eine christliche Lebensführung«<sup>21</sup>. Für die Prägung des Glaubenslebens dürfen aber auch die zwei Kirchenblätter – eigentlich sogar drei, wenn die in sorbischer

---

<sup>21</sup> E. Hannig, Zwanzig Jahre katholisches Schrifttum, in: Tag des Herrn Nr. 19/20 v. 15. 5. 1971, S. 73. Notenwerke für Kirchenmusik 1,1 Mill. Exemplare, Liturgiekalender »Vom Advent zum Advent« 400 000 Exemplare, Tagesabreißkalender »Mit Gottes Wort von Tag zu Tag« 20 000 Exemplare. Auf der Leipziger Herbstmesse 1971 wurden 20 Buchreihen mit 435 Ausgaben und einer Gesamtauflage von nahezu 4 Mill. Exemplaren präsentiert.



Sprache erscheinende Kirchenzeitung hinzugerechnet wird – nicht unterschätzt werden: Das für das Berliner Bistum gedachte »St. Hedwigsblatt« und der für die übrige DDR gedachte, aber vom Bistum Meissen herausgegebene »Tag des Herrn«<sup>22</sup>.

Aber auch nahezu alle übrigen Ausbildungseinrichtungen für den kirchlichen Dienst mußten neu gegründet werden, so zwei Seminare für Fürsorger bzw. Fürsorgerinnen, zwei Seminare für Katecheten und eines für Kindergärtnerinnen<sup>23</sup>. Alle diese Einrichtungen haben sich bis in die jüngste Zeit als lebensnotwendig erwiesen und bewährt.

Auf der anderen Seite ist in dieser Zeit das zähe Bemühen des Staates und der führenden Partei, der SED, zu spüren, die Kirche und jeden kirchlichen Einfluß aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Die Grundlage für das Verhältnis von Staat und Kirche war der auch kirchlicherseits anerkannte Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche. Damit verbunden war nach der Verfassung der DDR die Gewährleistung der ungestörten Religionsausübung<sup>24</sup>. Freie Religionsausübung wurde in der DDR immer gewährleistet, aber in einem Verständnis, das die Kirche bis heute nicht geteilt hat. Religionsausübung wird faktisch gleichgesetzt mit Kulturausübung<sup>25</sup>. Dieses Verständnis, das die Freiheit des Kultes meint, geht offensichtlich auf die sowjetische Verfassung zurück<sup>26</sup>.

Unmittelbar vor Gründung der DDR wandte sich der damalige Bischof von Berlin, Kardinal *Preysing*, in einem Schreiben an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden, *O. Nuschke*, in

<sup>22</sup> *E. Hannig*, a. a. O.: »Die zwei Kirchenblätter, der vierzehntäglich erscheinende »Tag des Herrn« und das wöchentlich erscheinende »St. Hedwigsblatt«, haben eine so starke Nachfrage, daß der Verlag bisher die Annahmesperre bei der Post noch nicht aufheben konnte. In den zurückliegenden 20 Jahren haben die Kirchenblätter eine Gesamtauflage von über 7,2 Millionen Exemplaren erreicht.« Die Auflage des »Tag des Herrn« dürfte pro Nummer bei nahezu 100 000 Exemplaren liegen.

<sup>23</sup> Die Bistümer bzw. Kommissariate Magdeburg, Erfurt, Berlin und Meissen besitzen je zwei bzw. drei diözesane Bildungsstätten. Hinzu kommen insgesamt 16 Exerzitienhäuser. Die Zahl der katholischen Krankenhäuser, Kinder-, Erholungs- und Altersheime beträgt insgesamt nahezu 200.

<sup>24</sup> Hier ist Artikel 41 der Verfassung von 1949 gemeint: »Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.« – Seit dem 9. 4. 1968 gibt es eine neue Verfassung. Vgl. unten Anm. 51, 52, 53.

<sup>25</sup> Vgl. unten S. 232.

<sup>26</sup> Artikel 24: »Um die Gewissensfreiheit der Bürger zu gewährleisten, sind in der UdSSR die Kirche vom Staat und die Schule von der Kirche getrennt. Die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen und die Freiheit antireligiöser Propaganda werden allen Bürgern zuerkannt.«

dem er die Frage der Glaubens- und Gewissensfreiheit der katholischen Bürger zur Sprache brachte<sup>27</sup>. Nach vier Monaten des Schweigens der verantwortlichen Regierungsstellen richtete der Kardinal namens der Bischöfe und Bischöflichen Kommissare der DDR ein Schreiben an den Ministerpräsidenten O. Grotewohl<sup>28</sup>. Darin heißt es: »Dem Materialismus wird in der DDR der Rang einer exklusiven staatlichen Weltanschauung, einer exklusiven Staatsreligion eingeräumt . . . Es läßt sich eindeutig die Tendenz feststellen, die Maßstäbe für die Beurteilung und Gestaltung des Lebens dem materialistischen Denken zu entnehmen, ob im Kindergarten, ob in der Schule, ob auf der Universität, ob in den systematisch vorgenommenen Schulungen, ob in der FDJ<sup>29</sup>, ob bei den Jungen Pionieren, überall wird das materialistische Welt- und Menschenbild als einzig zugelassenes für die Formung des einzelnen Menschen und der Gesellschaft benutzt. Die Glaubensfreiheit wird in steigendem Maße planmäßig auf die Kultusfreiheit innerhalb der Kirchenmauern eingeschränkt«<sup>30</sup>.

Die Vertreter der DDR-Kirche hielten daran fest, daß eine solche Religionsfreiheit eine verkümmerte Freiheit ist, daß nicht nur der einzelne Christ für sich persönlich das Recht verlangen darf und muß, in allen Bereichen seines Lebens den Glauben leben zu dürfen, sondern daß auch die Religionsgemeinschaften als solche innerhalb der Gesellschaft wirksam werden müssen und ihren eigenen Beitrag zum Wohl des Ganzen leisten sollen.

Auf seiten der Kirche entwickelte sich aus dieser Vorwärtsstrategie des Staates eine Verteidigungsmentalität, die darauf gerichtet war, den Besitzstand zu bewahren. Das war zum Teil mehr, zum Teil auch weniger als früher. Mehr z. B. die Fronleichnamsprozessionen, die heute in allen größeren Städten der DDR öffentlich gehalten werden, was vor 1933 kaum denkbar gewesen wäre in einer der sächsischen Industriestädte etwa.

Einerseits galt es, den vorhandenen Lebensraum zu bewahren und zu festigen, auf der anderen Seite stand das vielfältige Bemühen, die Kirche von der Öffentlichkeit und jeder Art von partnerschaftlicher Mitwirkung am öffentlichen Leben fernzuhalten. Was so erhalten wurde, war aber auch eine starke innere Geschlossenheit von oben nach unten, der Bischöfe über die Priester mit den Gemeinden, und auch von

---

<sup>27</sup> Brief vom 29. 9. 1949.

<sup>28</sup> Brief vom 22. 4. 1950.

<sup>29</sup> Der offizielle und einzige Jugendverband, die Freie Deutsche Jugend.

<sup>30</sup> Zitiert nach W. Trilling, a. a. O. 7.

unten nach oben ein Vertrauensverhältnis und die aus gemeinsamer Sorge und Arbeit erwachsene Einheit, die trotz aller aufkeimenden Meinungsverschiedenheiten auch heute noch beeindruckend ist.

Bezeichnend für die Haltung der Kirche in dieser Zeit ist das Wort des im Juni 1970 verstorbenen Meißener Diözesanbischofs *O. Spülbeck* auf dem Kölner Katholikentag von 1956: »Das Entscheidende, das wir als Christen immer wieder betonen müssen, ist, daß wir in aller Deutlichkeit erklären, daß wir anders sind. Wir erlauben uns als katholische Christen in fast allen Fragen der Öffentlichkeit eine andere, und zwar eine eigene Meinung zu haben, die wir aus Presse und Rundfunk niemals hören. Wir sind eben anders.« Und er fuhr damals fort: »Wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten . . . Wir tragen gerne dazu bei, daß wir selbst in diesem Hause noch menschenwürdig und als Christen leben können, aber wir können kein neues Stockwerk draufsetzen, da wir das Fundament für fehlerhaft halten. Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmt mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus«<sup>31</sup>.

Diese ablehnende Haltung war damals verständlich, zu einer Zeit, da evangelische wie katholische Kirche in Mitteldeutschland auch nach Ansicht der Bonner Politik als stärkstes Bollwerk gegen eine endgültige Spaltung Deutschlands galten. Besonders die katholische Kirche lebte geistig und materiell vollständig vom Westen. Die in der DDR geschaffenen Veränderungen wurden weniger als konkrete Wirkmöglichkeiten christlichen Lebens betrachtet. Christliche Bewährung wurde nicht im Mitgestalten und Einflußnehmen mit dem Ziel der Veränderung der Verhältnisse gesehen<sup>32</sup>. Die Herrschaft der SED galt vielen als Periode martyrerhafter Bewährung, die es in möglichst enger Bindung an die Bundesrepublik zu überstehen galt.

Sicher wird diese Gettohaltung der Katholiken gegenüber einer veränderten Umwelt durch die Maßnahmen des atheistischen Staates verständlich. Das erste Jahrzehnt der DDR war durch einen weit über den psychologischen Bereich hinausreichenden Kampf der Funktionäre gegen die Kirche gekennzeichnet. Ihnen kam es darauf an, den Einfluß der Kirche zurückzudrängen, um die Staatswerdung der DDR im Bewußtsein der Bürger zu beschleunigen. Dabei erreichten die Auseinan-

<sup>31</sup> Zitiert nach Herder-Korrespondenz 24 (1971) 25.

<sup>32</sup> Eine ganz andere Frage ist, ob eine solche Mitwirkung auch nur die geringste Chance gehabt hätte.

dersetzungen aber nie den Grad von Kirchenverfolgung, wie er aus manchen anderen Ländern des Ostblocks bekannt ist. Dazu mag die geschickte Differenzierung in der Parteisprache beigetragen haben, die zwischen Christen und Kirche unterschied und damit ermöglichte, alle nicht in das Konzept eines totalen gesellschaftlichen Anspruchs passenden Äußerungen kirchlichen Lebens der halsstarrigen Kircheninstitution zuzuweisen. Diese Kirche hatte nach den parteiamtlichen Verlautbarungen längst keinen Rückhalt mehr bei der katholischen Bevölkerung, der allgemein ein Wille zur Aussöhnung und Zusammenarbeit mit den Kommunisten unterstellt wurde.

1956 bis 1960: In dieser dritten Periode wird immer deutlicher, daß die weltanschauliche Grundlage, die für die führende »marxistisch-leninistische Partei«, die SED, selbstverständlich gilt, auch als Grundlage für den Staat als solchen ausgegeben wird. Das ist eine neue Phase der Entwicklung, die von vielen nicht genügend beachtet wird. In der Verfassung der DDR von 1949 ist davon nicht die Rede.

Äußere Zeichen dafür sind die Einführung der Jugendweihe<sup>33</sup>, die Art ihrer Propagierung, ferner die in diesen Jahren eingeführten atheistischen Ersatzriten<sup>34</sup> der sozialistischen Namensgebung<sup>35</sup>, Eheschließung und Grabweihe. Beispiele für die Druckmaßnahmen bietet auch die Belletristik dieser Jahre, die mit Sputnik- oder Kirchenaustrittsgedichten eine primitive, aggressive und oft vulgäre antireligiöse Propaganda betreibt<sup>36</sup>, um mit allen Mitteln die sozialistische Revolution zu Ende zu führen und die Position der Kirchen als »potentieller Anknüpfungspunkt der Konterrevolution« erheblich zu schwächen. Für die Partei ist »die Kirche der letzte organisierte Feind in der DDR«<sup>37</sup>.

---

<sup>33</sup> Das erste generelle Jugendweihejahr ist 1955. Vgl. *U. Jeremias*, Die Jugendweihe in der Sowjetzone, Bonn 1959.

<sup>34</sup> Während die Jugendweihe nahezu obligatorisch ist – offizielle Zahlen sprechen heute von mehr als 95 % Beteiligung aller Vierzehnjährigen –, haben sich die anderen Riten bis heute nicht durchsetzen können. Bei den Räten der Bezirke wurden 1971 neue Kommissionen für die Steigerung der Attraktivität dieser Riten eingesetzt. – Zu den Anfängen dieser Riten vgl. Material bei *W. Maser*, Genossen beten nicht, Köln 1963, 101–129.

<sup>35</sup> Am 25. 12. 1957 zeigte das DDR-Fernsehen die erste »feierliche Namensgebung« in der DDR. Die anderen Riten werden erst danach propagiert.

<sup>36</sup> *F.-G. Hermann*, Der Kampf gegen Religion und Kirche in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Stuttgart 1966, u. a. S. 104; *W. Maser*, a. a. O. 141 u. a.

<sup>37</sup> So Propagandachef *A. Norden* am 27. 11. 1957. Die dem Politbüromitglied und Leiter (seit 1963) der Agitationskommission im Westen verschiedentlich zugeschriebenen Worte (vgl. *W. Maser*, Der Kampf der SED gegen die Kirche [Freiheit

»Auf der einen Seite wußte man und hat das auch oft deutlich gesagt, daß es keine ideologische Koexistenz zwischen jeder Form von Religion und dialektisch-historischem Materialismus gibt, auf der anderen Seite aber hütete man sich im allgemeinen, durch äußere Aktionen oder Zwangsmaßnahmen<sup>38</sup> diese Vorherrschaft des dialektischen Materialismus als Grundlage des Staates voranzubringen«<sup>39</sup>.

Die weltanschauliche Problematik, die sich für den Christen ergibt, der zugleich Bürger des Staates ist und dem Gemeinwohl dienen will, ist nicht zu verharmlosen. Diese Situation besteht im wesentlichen bis zum heutigen Tage<sup>40</sup>. Doch schon in diesem Zeitabschnitt machen sich erste Spuren der harten Auseinandersetzung mit der vom Staat geschützten Weltanschauung bemerkbar. Das sind vor allem Ermüdungserscheinungen. Dazu kommt die Ausblutung der Gemeinden, besonders auch der katholischen Intelligenz, durch die Abwanderung nach dem Westen. Es gibt kaum neue konstruktive Ideen und Ansätze. »Die Parole, die unausgesprochen in diesem Zeitraum galt, war die des Durchhaltens, des Überwinterns – aber eben ohne konkrete Hoffnung, ohne anspornendes und irgendwie realisierbares Ziel. Weithin ermüdete der Glaube, erlahmte der geistige Widerstand; viele erlagen dem ideologischen Druck«<sup>41</sup>.

Die Kirche wird zunehmend eine Kirche des Klerus, der Bischöfe, um die sich die Gemeinden angesichts des Drucks von außen eng scharen. In den Gemeinden vollzieht sich eine dreifache Gruppierung:

1. Christen, die zu dem persönlichen Entschluß kommen, in der DDR zu bleiben und sie als den Ort ihrer Berufung entdecken. Sie nehmen

---

und Ordnung 24], Mannheim 1962) lassen sich nicht sicher belegen, passen allerdings in das Bild dieser Zeit: »Laßt sie nur ihren Zauber in ihren Kirchen noch ein bißchen treiben, eines Tages müssen sie von allein aufhören, weil ihnen die Luft und das Geld ausgehen. Wenn ihnen in den nächsten Jahren die letzten alten Frauen weggestorben sind, dann können sie bloß noch die leblosen Kirchenmauern anlärren. Also sollen wir uns um diese aussterbenden Museumsfiguren noch groß bemühen? ... Wer sich unserer sozialistischen Umgestaltung in den Weg stellt, der bekommt die Fäuste der Arbeiter zu spüren.«

<sup>38</sup> Selbstverständlich gab es z. B. Zusammenstöße zwischen FDJ und katholischer Jugend, Behinderung bei Wallfahrten etc.

Insgesamt fiel das aber für die Kirche nicht so stark ins Gewicht. Hingegen wurden dem einzelnen Christen oft Hindernisse in den Weg gelegt bzgl. Studium etc.

<sup>39</sup> W. Trilling, a. a. O. 8.

<sup>40</sup> Als Beispiele können das Ehe- und Familiengesetz oder die Grundsätze für die Gestaltung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems in den sechziger Jahren dienen.

<sup>41</sup> W. Trilling, a. a. O. 9.

die Einschränkung ihrer Möglichkeiten bewußt an und versuchen, Christsein auch unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu wagen.

2. Eine zahlenmäßig verhältnismäßig kleine Gruppe, zu der kaum Priester gehören. Sie versucht sich nicht nur zu arrangieren, sondern auch ein Engagement mit den neuen Kräften einzugehen, ohne sich die von beiden Seiten immer wieder ausgesprochene grundsätzliche weltanschauliche Unvereinbarkeit genügend klar zu machen und konsequent durchhalten zu können.

3. Eine größere Gruppe von Gläubigen, die sich mit dem status quo abfinden, sich einrichten, aber kaum noch konsequent ihr Gewissen prüfen und danach handeln.

*1960/61 bis in die jüngste Zeit:* »Während die SED bis 1960/61 offen zum Klassenkampf im Innern der DDR aufrief, um die sozialistische Umwälzung durchzuführen und um alle feindlichen Elemente niederzuhalten, orientierte sie ab 1960/61 auf die sozialistische Menschengemeinschaft, auf die politisch-moralische Einheit des Volkes. Der Klassenkampf wurde nun vornehmlich nach außen, insbesondere gegen die BRD, konzentriert«<sup>42</sup>. Sicher stellt die Errichtung der Berliner Mauer auch für die kirchliche Entwicklung einen Markstein dar. Mit ihr kommt eine Reihe von Prozessen in Gang, die zu einer Konsolidierung nicht nur im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen, sondern auch im kirchlichen Leben beitragen. Die Herausbildung eines DDR-Staatsbewußtseins ist von entscheidender Bedeutung, denn der vorhandene Staat wird »von der Mehrheit der Bevölkerung keineswegs mehr als zeitweiliges Provisorium verstanden«<sup>43</sup>, seine langfristige Existenz zunehmend weniger in Frage gestellt.

Doch dafür, daß der Kirche nicht »die Luft ausgegangen«<sup>44</sup> ist, hat die Partei schon im Jahr vor dem Mauerbau selbst Sorge getragen. In seiner ersten »programmatischen Erklärung« als neuer Vorsitzender des Staatsrates der DDR erklärte *W. Ulbricht* vor der Volkskammer: »Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze. Nur ist das Christentum, einst als Religion der Armen und des Friedens begründet, seit Jahrhunderten von den herr-

---

<sup>42</sup> Mit Recht vertritt diese Ansicht der sonst nicht immer objektiv berichtende *H. Prauß*, Was hat sich in der religions- und kirchenpolitischen Situation der kath. Kirche in der DDR im letzten Jahrzehnt geändert?: Informationsdienst des Kath. Arbeitskreises für zeitgeschichtl. Fragen Nr. 50, 1970, S. 9.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Vgl. oben Anm. 37.

schenden Klassen mißbraucht worden. Heute wird es in Westdeutschland von den Kräften des Militarismus, diesmal für die menschenfeindliche Atomrüstungspolitik, mißbraucht. Die alte Sehnsucht der christlich gesinnten Bevölkerung, die sich in der Botschaft: ›Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen‹ äußert, kann ihre Erfüllung nur durch die Verwirklichung der hohen Ideen des Humanismus und Sozialismus finden«<sup>45</sup>.

Die antireligiöse und antikirchliche Welle der offiziellen Kirchenpolitik wird anschließend gemildert. Statt plumper atheistischer Propaganda werden die gemeinsame humanistische Verantwortung und der Aufbau einer besseren Welt durch Christen und Marxisten herausgestellt<sup>46</sup>. Es wird immer häufiger darauf verwiesen, daß die Christen den Sozialismus durch ihre tägliche Arbeit mitgeschaffen haben<sup>47</sup>. In der Folge kommt es wiederholt zu entsprechenden Äußerungen von Vertretern der Regierung wie Partei bis auf den heutigen Tag<sup>48</sup>.

Dieser Gesinnungsumschwung ist auf nüchterne Überlegungen der SED-Führung zurückzuführen. Das gesamte gesellschaftliche Leben, das Bildungssystem, die Massenmedien, die Organisationen oder was auch immer sind areligiös geprägt. Auf allen Gebieten, in Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft sind die geplanten revolutionären Veränderungen durchgesetzt worden. Lediglich der kirchliche Bereich blieb von dieser Gleichschaltung verschont. Die Partei hofft nunmehr auf die Auswirkungen des überall spürbaren Säkularisationstrends auch bei

---

<sup>45</sup> 4. 10. 1960, *W. Ulbricht*, Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze, in: *Marxisten und Christen wirken gemeinsam für Frieden und Humanismus* (Schriftenreihe des Staatsrats der DDR 4), Berlin 1964; Abdruck auch bei *R. Henkys*, a. a. O. 52.

<sup>46</sup> Vgl. u. a. das Gespräch zwischen *W. Ulbricht* und einer Delegation christlicher (zumeist evangelischer) Persönlichkeiten unter Leitung des evangelischen Theologen Professor *D. Fuchs* vom 9. 2. 1961; das Wartburg-Gespräch zwischen *W. Ulbricht* und dem Thüringer Landesbischof *D. Mitzenheim* vom 18. 8. 1964; die Entschließung des 11. Parteitages der CDU Anfang Oktober 1964. Die wesentlichen Passagen sind jetzt zusammengestellt bei *R. Henkys*, a. a. O. 55–65, 69–83, 83 f.

<sup>47</sup> Die katholische Kirche nimmt diesen Gesprächsfaden öffentlich nicht auf in der Weise wie die evangelischen Kirchen; dafür kommt es zu einer Reihe nicht-öffentlicher Kontakte vor allem zwischen dem Berliner Ordinariat und dem Staatssekretariat für Kirchenfragen.

<sup>48</sup> Vgl. u. a. weitere Dokumente bei *R. Henkys* und die propagandistisch zu wertende Broschüre: *Christen und Kirchen in der DDR* (Blickpunkt DDR), hrsg. v. Nationalrat der Nationalen Front, Berlin o. J. (ca. 1970); *P. Verner*, Für den Sozialismus gemeinsam wirken, in: *Neues Deutschland* v. 9. 2. 1971, S. 5; *G. Götting*, Für unseren Staat tätig eintreten, ebd.

den Christen. Dabei wird – im Gegensatz zu den evangelischen Landeskirchen<sup>49</sup> – möglichst jede Konfrontation mit der Kirche vermieden.

Ein weiterer Faktor mag die geringer gewordene Zahl der Gläubigen sein. Die letzte Volkszählung vom 31. Dezember 1964, bei der nach der konfessionellen Zugehörigkeit gefragt wurde, hat ergeben, daß sich zu diesem Zeitpunkt noch 1 375 237 Bewohner der DDR zum katholischen Glauben bekannten. Das sind 8,1 % der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der Katholiken ist damit innerhalb von zwölf Jahren um mehr als 600 000 zurückgegangen<sup>50</sup>.

Den Laien erwachsen aus ihrer Zugehörigkeit zur Kirche im öffentlichen Leben nicht mehr die Benachteiligungen früherer Jahre. Natürlich sind ihnen Positionen nicht zugänglich, die in besonderer Weise das Augenmerk der Partei beanspruchen. Aber es gibt Genossenschaftsvorsitzende, Betriebsleiter, Ingenieure, Ärzte, Professoren und Künstler sowie andere Bereiche auch höherer Laufbahnen, die Katholiken zugänglich sind. Das heißt nicht, sie müßten der kommunistischen Ideologie besonders nahe stehen, wenn von ihnen auch unbedingte Loyalität zu den Grundprinzipien des Staates verlangt wird: der sozialistischen Wirtschaftsweise, dem unabdingbaren Führungsanspruch der SED und der Eingliederung in den Warschauer Pakt.

Ob sich aus den Veränderungen in der Führungsspitze der SED, die 1971 vorgenommen worden sind, auch auf eine sich erneut wandelnde Haltung des Staates gegenüber der Kirche geschlossen werden kann, ist heute noch nicht abzusehen. Anzeichen dafür liegen bisher nicht vor, sieht man davon ab, daß westliche Beobachter in der Politik *Honeckers* Zeichen eines verstärkten Klassenkampfes zu erkennen glauben. Die Zurücknahme des Begriffs von der ›sozialistischen Menschengemein-

---

<sup>49</sup> Die evangelische Kirche steht unter stärkerem Druck, da sie durch die EKD fest mit den Gliedkirchen in der Bundesrepublik verbunden ist. Demgegenüber verhält sich die katholische Kirche pragmatischer. Die Unmöglichkeit der Fortsetzung einer gemeinsamen deutschen Bischofskonferenz wird hingenommen (für den Bereich der DDR ist die Berliner Ordinarienkonferenz zuständig; vgl. oben Anm. 2), und über den juristischen Anspruch auf Zusammengehörigkeit wird nicht mehr gesprochen, obwohl er förmlich nicht aufgegeben ist.

<sup>50</sup> Veröffentlichung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Diese Angaben entsprechen etwa denen der Bischöfe, die für ihre Diözesen die Katholikenzahlen zwischen 7 und 10 % der Gesamtbevölkerung angeben. Die Angaben für die einzelnen Bezirke: Berlin (Ost) 7 %; Rostock 6,6; Schwerin 8,8; Neubrandenburg 7,7; Potsdam 7,1; Frankfurt 5,5; Cottbus 7,7; Magdeburg 9,4; Halle 10,1; Erfurt 16,3; Gera 8; Suhl 7,2; Dresden 7,7; Leipzig 6,3; Karl-Marx-Stadt 5. Die Vergleichszahlen für die evangelische Kirche: 59,4 %. Das bedeutet einen Rückgang von 4,7 Millionen.



schaft« und der neuerliche Hinweis auf »bestimmte differenzierte Interessen« zwischen den noch bestehenden Schichten der Gesellschaft muß nicht notwendig zu einer verstärkten Konfrontation zwischen Staat und Kirche führen, wenn damit auch gewisse theoretische Voraussetzungen für eine solche zukünftig mögliche Entwicklung tatsächlich gegeben wären<sup>50a</sup>.

#### DIE GEGENWÄRTIGE RECHTSLAGE

Die durch die neue sozialistische Verfassung von 1968<sup>51</sup> entstandene Rechtslage für alle Religionsgemeinschaften<sup>52</sup> bestätigt, daß es nicht ein besonderes Anliegen der Staatsführung zur Zeit ist, die Position der Kirchen zielstrebig zu schmälern. Zwar ist nunmehr auch der katholischen Kirche der Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts genommen und nur zwei Artikel nehmen noch auf das religiöse Bekenntnis Bezug. Nach Artikel 20 sind »Gewissens- und Glaubensfreiheit gewährleistet« und nach Artikel 39 hat jeder Bürger der DDR »das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben«. Unruhe hat hier der Absatz 2 hervorgerufen: »Die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeiten aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der DDR.« Erst der massive Protest der Bischöfe hat zu dem Nachtrag geführt: »Näheres kann durch Vereinbarung geregelt werden«<sup>53</sup>.

Damit hat die Regierung formal wenigstens teilweise den Wünschen der Kirche entsprochen, die zumindest als Vertragspartner des Staates respektiert wird. Inwieweit im Hindergrund dafür die Hoffnung des

---

<sup>50a</sup> In der ersten Oktoberhälfte 1971 hat das Mitglied des Politbüros der SED, *K. Hager*, auf einer Konferenz von Gesellschaftswissenschaftlern aus der DDR in Berlin erklärt, der VIII. Parteitag der SED habe »aus gutem Grunde auf den früher recht oft verwendeten Begriff der Menschengemeinschaft verzichtet«. Dieser sei nämlich »wissenschaftlich nicht exakt, da er die tatsächlich noch vorhandenen Klassenunterschiede verwischt und den tatsächlich erreichten Grad der Annäherung der Klassen und Schichten überschätzt«. Vgl. u. a. *E. O. Maetzke*, Ohne Ehrfurcht vor dem Glauben Ulbrichts: FAZ v. 21. 10. 1971.

<sup>51</sup> 9. 4. 1968. Vgl. Informationsdienst (s. oben Anm. 8) Nr. 37, Mai 1968, S. 2–21.

<sup>52</sup> Ebd. 22–31: Verschlechterung der verfassungsrechtlichen Position der Kirchen durch die neue Verfassung der DDR.

<sup>53</sup> Dazu: Erklärung der Bischöfe und Bischöflichen Kommissare der Berliner Ordinarienkonferenz zum Entwurf der neuen Verfassung der DDR v. 3. 3. 1968 (Hirtenwort), in: Informationsdienst Nr. 35, Mai 1968, S. 32 f.

Regimes steht, auf dieser Basis auch zu Vereinbarungen mit dem Vatikan zu kommen, ist schwer zu beurteilen<sup>54</sup>.

Auch eine Untersuchung des neuen Strafrechts erweckt den gleichen Eindruck. Sicher genießt kirchliches Eigentum heute nur noch den Schutz normalen Privateigentums, während alles sozialistische Eigentum einen höheren Status hat. Doch liegt dies an den gesamten gesellschaftlichen Verhältnissen<sup>55</sup>. Übergriffe des Staates im Bereich der als Kultfreiheit verstandenen Religionsfreiheit<sup>56</sup> sind kaum zu verzeichnen. Liturgie, Wallfahrten, Prozessionen, Religionsunterricht<sup>57</sup>, Seelsorgearbeit, Ausbildung zu kirchlichen Diensten<sup>58</sup> sind in einem Maße gewährleistet, das nach westlichen Vorstellungen gering sein mag, die Kultfreiheit aber voll respektiert.

Jede Wirkung der Kirche über diesen Bereich hinaus, jede kritische Stellungnahme zu den gesellschaftlichen Verhältnissen wird, wenn nicht ganz und gar behindert, so doch argwöhnisch betrachtet<sup>59</sup>. Im innerkirchlichen Raum ist die Möglichkeit, durch Hirtenbriefe und Predigten auch gegenüber gesellschaftspolitischen Maßnahmen meinungsbildend zu wirken, größer als hierzulande meist vermutet wird. Doch schon die Kirchenblätter<sup>60</sup> oder die zweiwöchentliche Sonntagspredigt im Radio unterliegen einer mehr oder weniger ausgesprochenen Zensur<sup>61</sup>.

---

<sup>54</sup> Eine Anerkennung als Staat durch den Vatikan wäre ein großer Gewinn. Sicher nicht zufällig tauschen jeweils zu Neujahr der Staatsratsvorsitzende und der Heilige Vater Grußtelegramme. Auch die geplante Europäische Sicherheitskonferenz, an der der Vatikan auf sowjetischen Wunsch teilnehmen soll, mag hineinspielen. Zudem hat der Papst in der DDR eine gute Presse, vor allem wegen der Sozialenzyklika *Populorum Progressio*. Auch das Apostolische Schreiben *Octogesima adveniens* ist zumeist positiv aufgenommen worden: vgl. dazu *H. Guske, Zum Apostolischen Schreiben von Papst Paul VI.: Begegnung 11 (1971) Nr. 7, S. 3–6.*

<sup>55</sup> Bei einer Beurteilung der Rechtslage muß auch das neue Strafrecht berücksichtigt werden, das ebenfalls keine zielstrebige Verschlechterung der Position der Kirchen erkennen läßt.

<sup>56</sup> Vgl. oben S. 223.

<sup>57</sup> Religionsunterricht ist fast ausschließlich nur in kircheneigenen Räumen außerhalb des Schulunterrichts möglich.

<sup>58</sup> Vgl. oben S. 223, besonders Anm. 23.

<sup>59</sup> Die Bischöfe konnten beispielsweise anläßlich der Diskussion zur Familiengesetzgebung ihre Meinung öffentlich kundtun, doch wurde sie vom Staat lediglich als Eingabe der einzelnen Bischöfe als Privatpersonen gewertet und nicht als Ausdruck des Willens der Mehrheit der Gläubigen. Eingaben mit Unterschriften ganzer Gemeinden galten hingegen als Zeichen klerikaler Bevormundung sozialistischer Bürger.

<sup>60</sup> Vgl. oben Anm. 22 und unten 91.

<sup>61</sup> Vgl. oben Anm. 3.

Die Grenzen kirchlicher Bewegungsfreiheit können am Beispiel des Kirchenbaus demonstriert werden. Immerhin sind in den letzten Jahren nahezu 350 Kirchen und Kapellen neu errichtet worden, und es gibt auch staatliche Mittel für die Erhaltung historisch-wertvoller Kirchen, aber in jedem Falle handelt es sich dabei um das Ergebnis eines zähen Ringens. Der Bau von Kindergärten, Altersheimen und anderen kirchlichen Gebäuden ist hingegen nahezu unmöglich. Häufiger sind jedenfalls Beweise des Gegenteils, der Abriß von, der sozialistischen Umgestaltung im Wege befindlichen, Kirchen<sup>62</sup> und die Verweigerung von Baugenehmigungen. Die Erlaubnis zum Bau des Rostocker Gemeindezentrums, das 1971 eingeweiht werden konnte<sup>63</sup>, muß als besonders spektakuläres Ereignis als Ausnahme gewertet werden<sup>64</sup>, unterstreicht aber gleichzeitig die oben geäußerte Ansicht, daß es der Regierung auf die Demonstration eines zunehmend besseren und völlig unproblematischen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der sozialistischen Gesellschaft der DDR ankommt.

Die Gelder für den Unterhalt kirchlicher Einrichtungen<sup>65</sup> sowie die Bezahlung der im kirchlichen Dienst Stehenden wird aus karitativen Sammlungen<sup>66</sup>, Kirchensteuermitteln<sup>67</sup> und aus den über die Devisenkonten der Regierung einlaufenden, eins zu eins getauschten Spenden der bundesdeutschen Kirche bestritten.

Diese Hinweise müssen hier genügen, obwohl zur Rechtslage wesentlich mehr gesagt werden könnte<sup>68</sup>, was an der hier dargestellten Tendenz aber kaum zu Abänderungen führen würde.

---

<sup>62</sup> Beispiele dafür: Marienkirche in Wismar, Heilig-Geist- und Ulrichskirche in Magdeburg, Universitätskirche in Leipzig, aber auch Berlin u. a.

<sup>63</sup> Kirchweihe in Rostock: Begegnung 11 (1971) Nr. 7, S. 25 f.; Geheiligte Stätte der Gottesbegegnung: Osnabrücker Kirchenbote Nr. 26/27 v. 27. 6. 1971.

<sup>64</sup> Es handelte sich seitens des Staates offensichtlich um ein Zeichen des guten Willens in der Linie der Erklärung über die Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Marxisten. Anderorts wartet man vergeblich auf solche Gesten, z. B. in Leipzig.

<sup>65</sup> Vgl. oben Anm. 23.

<sup>66</sup> Diese werden im allgemeinen zweimal jährlich als Straßensammlungen erlaubt. Manche Beobachter meinen, daß diese Sammlungen vom Finanzaufkommen her überflüssig seien, da eine gezielte Sonntagskollekte weit mehr einbringen würde. Zudem lassen sich Sammler immer schwerer finden. Doch glaubt die Kirche, auf diese optische Präsenz nicht verzichten zu können. Vgl. dazu E. Schmitt, Ein katholischer Pfarrer in der DDR: FAZ v. 2. 11. 1971, S. 20.

<sup>67</sup> Es gibt nur eine ›moralische Bringschuld‹. Die Kirchensteuer wird nach den freiwilligen Verdienstangaben berechnet, kann aber nicht eingeklagt werden.

<sup>68</sup> Die Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 26. 11. 1970 (Gesetzblatt der DDR v. 22. 1. 1971), die zum 1. März 1971 in Kraft getreten ist, gehört beispielsweise hierher. Sie engt die kirchliche Bewegungsfreiheit im Veranstaltungsbereich ein, vor allem bzgl. der Teilnahme von Bürgern der BRD.

Für die Bischöfe ergibt sich die Frage nach den Konsequenzen kirchlicherseits aus diesem gegenüber den fünfziger Jahren veränderten Verhalten der Staatsorgane. Die Zielvorstellung der marxistischen Doktrin vom Absterben der Religion hat sich sicher nicht verändert, so daß nicht zu unrecht die neue Haltung wohl lediglich als Taktik, wenn auch langfristig gültige, eingestuft wird<sup>69</sup>.

Geändert hat sich die öffentliche Sprache auch seitens der Kirche. Das geschah für viele Gläubige recht unerwartet, als der Bischof von Berlin, Kardinal *Bengsch*, zum zwanzigjährigen Bestehen der DDR erklärte: »Wir sind schon bereit, alles anzuerkennen, was zum wirklichen Wohl der Menschen getan wird, auch aus dem Grunde, weil ja da überall Christen mitgearbeitet haben. Und wenn wir zurückdenken an die zwanzig Jahre kirchlichen Lebens hier, werden wir nicht wegwischen können die Spannungen und die manchmal schweren Belastungen, aber wir werden auch mit Dank gegen Gott sagen können: Die Kirche konnte seelsorglich arbeiten. Und wenn wir ganz ehrlich sind, sie hatte noch mehr Chancen, als sie oft genutzt hat«<sup>70</sup>.

Die Frage, ob sich aus der gegenüber früher »konzilianteren« Haltung des Staates die Möglichkeit zu innerkirchlichen Strukturänderungen im Sinne des Konzils und westlicher Demokratisierungsbestrebungen ergeben dürften, wird von den Bischöfen etwa seit 1968 wohl nicht mehr in jedem Fall einheitlich beantwortet. Zwar ist eine unterschiedliche Haltung aus den weiter einmütig gefaßten Beschlüssen der Berliner Ordinarienkonferenz nicht erkennbar, doch werden die Ergebnisse der

---

Zur Vielschichtigkeit der damit verbundenen Fragen vgl. *K. Richter*, Zwischen Hierarchie und Partei: WDR, II. Progr. v. 3. 6. 1971; *ders.*, Aufbruch oder Resignation? Zur Situation der kath. Kirche in der DDR: Deutschland Archiv 4 (1971) 972–976; *ders.*, Kirchenkampf überflüssig, SED unterstützt die Traditionalisten: Test Katholische Studentenzeitung 12 (1971) Nr. 2, S. 5–7; *C. Hondrich*, *A. Paffenholz*, In kritischer Solidarität zum Staat. Die Kirchen in der DDR, bes. die Interviews mit *H. Gollwitzer*, *H. Lilje*, *K. Richter*: NDR/SFB, III. Progr. v. 29. 10. 1971; weniger differenziert; Neue Etappe der Kirchenpolitik der DDR?: Herder-Korrespondenz 25 (1971), bes. 171 f.

Neue Etappe der Kirchenpolitik der DDR?: Herder-Korrespondenz 25 (1971), bes. 171 f.

<sup>69</sup> Vgl. unter vielen anderen *F. Rupprecht*, Weltanschauung und Politik im Dialog zwischen katholischem Christentum und Marxismus: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 14 (1966) Heft 8.

<sup>70</sup> *A. Bengsch* am 14. 9. 1969 in Bernau, zitiert nach: Flexiblere Kirchenpolitik der Bischöfe in der DDR?: Herder-Korrespondenz 24 (1970) 24. Dort weitere Stellungnahmen zum 20. Jahrestag der DDR durch kirchliche Würdenträger.

ersten Sitzung der Meißener Diözesansynode vom Juni 1969<sup>71</sup> ganz offensichtlich in Berlin und Meißen unterschiedlich bewertet. Von Bischof *Spülbeck*<sup>72</sup> begrüßt und inkraftgesetzt, erregten die hier erstellten Papiere im Berliner Ordinariat Häresieverdacht<sup>73</sup>, das trotz mehrerer theologischer Gutachten<sup>74</sup> seine Vorbehalte gegen diese Beratungsergebnisse, die in Fragen der Demokratisierung vielfach über das auf bisherigen Synoden im deutschen Sprachbereich Erarbeitete hinausgehen, nicht aufgegeben hat<sup>75</sup>.

Die Mehrheit der Bischöfe scheint unausgesprochen der Meinung zu sein, daß jeglicher Meinungspluralismus in der Kirche, auch im theologischen Bereich, letztlich zu einer Schwächung der Kirche in ihrer Stellung gegenüber dem atheistischen Staatssystem führt, das jegliche Aufsplitterung zu seinen Gunsten nützen könnte<sup>76</sup>.

Dafür, daß neuere theologische Meinungen weitgehend nicht erwünscht sind, steht auch die Haltung der Ordinarienkonferenz seit der Enzyklika »*Humanae vitae*« zu westlichen theologischen Diskussionen. 1968 setzten sich die Bischöfe der DDR erstmals erkennbar von der Haltung der Fuldaer Bischofskonferenz ab, die in ihrer Königsteiner Erklärung eine differenzierte Haltung zu erkennen gegeben hatte<sup>77</sup>. Ähnlich darf auch die Erklärung von *A. Bengsch* zur Haltung der holländischen Pastorsynode bezüglich des Zölibats gewertet werden. In diesen Zusammenhang gehört wohl auch das im Oktober 1971 durch den Kardinal den bundesdeutschen Studentenpfarrern erteilte Hausverbot, das

<sup>71</sup> Vgl. u. a. den Bericht von *K. Richter*, Neuorganisation des Heilsdienstes: Publik Nr. 26 v. 27. 6. 1969. – In der BRD ist bisher nur das Meißener Synodaldekret I über »Ziele und Aufgaben der Erneuerung des Bistums Meißen nach dem 2. Vatikanischen Konzil« erschienen: Herder-Korrespondenz 24 (1970) 576–581. Unbekannt ist hierzulande das Dekret II über die »Ordnungen und Räte«. Beide wurden von Bischof *O. Spülbeck* am 1. 4. 1970 in Kraft gesetzt, sind aber bis heute nicht im Amtsblatt erschienen und in der Diözese wohl kaum wirksam geworden.

<sup>72</sup> Unter *Spülbeck* gab es Sitzungsperioden vom 13.–15. 6.; 9.–12. 10. 69; 12.–14. 7. 1970. Sein Tod am 21. 7. 1970 hat die Synode unterbrochen, die unter *Schaffran* Herbst 1971 beendet wird.

<sup>73</sup> Mehrere Priester aus Berlin sind bereit zu bezeugen, daß Kardinal *Bengsch* öffentlich erklärt hat, die Synode sei seiner Meinung nach häretisch.

<sup>74</sup> Aus Besorgnis wurden von Meißen Gutachten erbeten von den Theologen *W. Kasper*, *K. Rahner* und *J. Ratzinger*, die durchweg positiv für die Synodalergebnisse lauten.

<sup>75</sup> Nach Ansicht von Priestern der Diözese Meißen müßten die wohl auch brieflich an *O. Spülbeck* wie nach Rom erhobenen Vorwürfe zurückgenommen werden.

<sup>76</sup> Dafür gibt es eine Reihe von Indizien, vgl. weiter unten zum Evangelisch-Katholischen Briefkreis. Vgl. den Artikel von *R. Schnell*, oben Anm. 5.

<sup>77</sup> Vgl. auch *E. Antkowiak*, Tätungsbericht des AKH (Aktionskreis Halle, vgl. unten S. 240 f.) 1969, S. 16 (vervielf.).

den Einfluß der hier repräsentierten theologischen Richtung auf die DDR-Katholiken mit unterbinden helfen sollte<sup>77a</sup>.

Wie problematisch tatsächlich bestimmte theologische Richtungen für die katholische Kirche der DDR sein könnten, zeigt beispielsweise die Ablehnung der »politischen Theologie« durch die SED. Das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Partei, *P. Verner*, erklärte im Februar 1971 vor dem Präsidium des Hauptvorstandes der CDU zwar, daß es den Kommunisten fern liege, sich »etwa in die theologischen Angelegenheiten der Kirchen einzumischen«, daß die Kirche »aber weder zwischen den Fronten des Kapitalismus und des Sozialismus, noch in ›kritischer Distanz‹ zu unserem Staatswesen stehen kann«<sup>78</sup>. Und für *G. Götting*, Vorsitzender der CDU und Volkskammerpräsident, war es selbstverständlich, daß »in Theologie und Kirche die Überwindung aller Ideologien die der Sache nach dem Imperialismus nützlich sind, eine unabdingbare Voraussetzung für effektive Prozesse bewußter Neuorientierung« ist und die »entschlossene Abgrenzung von allen theologisch verhüllten Varianten spätbürgerlicher Ideologie« notwendig ist<sup>79</sup>. Ähnliches, unter direktem Bezug auf die »politische Theologie«, hatten theoretische Veröffentlichungen schon zuvor erkennen lassen<sup>80</sup>.

Verständlich wird auf diesem Hintergrund zumindest die besorgte Haltung der Bischöfe gegenüber Strukturveränderungen in der Kirche. Ob die Einschätzung der Lage allerdings richtig ist, kann nur schwer beurteilt werden und wird von manchen Theologen und vor allem katholischen Intellektuellen bestritten<sup>81</sup>. Immerhin ergibt sich daraus

---

<sup>77a</sup> Vgl. dazu u. a. Publik Nr. 43 v. 22. 10. 1971. Die öffentliche Reaktion war auf diesen Vorgang, der seitens eines Bischofs in der BRD undenkbar wäre, sehr zurückhaltend.

<sup>78</sup> Zum 10. Jahrestag der Begegnung von *W. Ulbricht* mit *Fuchs*: *P. Verner*, Für den Sozialismus gemeinsam wirken: Neues Deutschland v. 9. 2. 1971. Vgl. auch *K. Barto*, Aktuelle kirchenpolitische Anliegen der SED und der Ost-CDU: Informationsdienst Nr. 51, Februar 1971, S. 17–22. Hier auch Teilabdruck der Rede *Verners*.

<sup>79</sup> *G. Götting*, Für unseren Staat tätig eintreten: ebd. – *Götting* sprach auf der gleichen Veranstaltung wie *Verner*.

<sup>80</sup> *M. Robbe*, Christentum und Christen im Spätkapitalismus: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 18 (1970) 1059–1077.

<sup>81</sup> Vor allem die Studentengemeinden erarbeiten immer wieder Material, das diesen Eindruck vermittelt. Vgl. schon 1966 *W. Schülke*, Auftrag und Grenzen des Engagements der Christen in der DDR: Korrespondenz (vervielf.); ähnlich: Auftrag und Grenzen des Engagements. Die Christen und die DDR: Informationsdienst Nr. 32, Mai 1967, S. 31–41.

als gegenwärtige Situationsbeschreibung, was ähnlich 1967 schon in einem öffentlichen Vortrag in der DDR gesagt wurde:

1. Es besteht ein Übergewicht des Klerus und seiner Aktivität gegenüber den Laien und ihrer Aktivität. In der DDR kann, abgesehen von den sich in den Gemeinden bislang kaum auswirkenden Versuchen im Bereich der Diözese Meißen, weitgehend von einer Klerikerkirche gesprochen werden. »Wohl gibt es eine Einheit im großen und ganzen, auch eine vertrauensvolle Verbundenheit, die kaum gestört und zerrissen werden kann. Aber es ist eine monologische Einheit«<sup>82</sup>.

2. So positiv die ideologische Fixierung auf das Ziel »Bestand erhalten« auch gewesen sein mag, sie ist nicht ohne eine negative Begleiterscheinung zu erkaufen gewesen, »nämlich die Gefahr des Gettodenkens, des Lebens im eigenen Raum, des Wohlbehagens in katholischer Nestwärme. Wir wissen aber sowohl aus der Erfahrung wie aus der Lehre, daß das Christentum nur lebendig bleiben kann, wenn es Zeugnis gibt, wenn es Aufgaben sieht und tut, wenn es dient und sich im Dienste findet und erfüllt. »Bestand erhalten« als solches ist kein seelsorgliches und christliches Ziel, es ist es auch niemals gewesen«<sup>83</sup>.

3. Als Erbe der ersten Jahre ist die Praxis des Monologs erhalten geblieben. Die Kirche spricht in den eigenen Raum hinein und lebt monologisch:

a) Es gibt kaum einen Dialog zwischen Staat und Kirche. Zwar ist die Frage, wie weit der Staat daran überhaupt interessiert ist, doch ist durchaus zu fragen, »ob dieser Dialog nicht von uns her versucht werden kann und muß, und zwar auch über grundsätzliche Fragen auf den verschiedenen Ebenen des Gesprächs. Sicher müssen wir klar sehen, daß aus den vergangenen Jahren und ihrer Entwicklung harte Fronten verfestigt sind, daß nichts von den kostbaren Gütern aus der Vergangenheit leichtfertig vertan werden darf, daß weiterhin auch Klugheit und Maß gefordert sind, daß jeder billige Kompromiß die Lage nur verschlechtern kann. Aber *Dialog aus christlichem Impuls* wäre auch etwas anderes als *Kontakt* aus kirchenpolitischen und taktischen Überlegungen«<sup>84</sup>!

b) Es gibt nur wenig Gespräch zwischen Hierarchie und Laien. Es fehlt in der DDR »der spezifische Anteil der Laien an dem Gesamtauftrag

<sup>82</sup> W. Trilling, a. a. O. 10.

<sup>83</sup> Ebd. 11.

<sup>84</sup> Ebd. 11. Hervorhebungen durch den Autor.

der Kirche«. Erst dann, wenn beide miteinander ins Gespräch kommen und dies »allmählich den Stil unseres ganzen kirchlichen Lebens neu prägt, dann erst können wir hoffen, unseren Dienst in dieser Welt so zu erfüllen, wie sie hier ist«<sup>85</sup>.

c) Es gibt auch nur wenig Gespräch zwischen Priestern und Bischöfen, so daß sich Mißverständnisse mehren und Frustrationserscheinungen auch dieserhalb kaum noch zu übersehen sind<sup>86</sup>.

d) Es gibt keinen Dialog mit der fremden Umwelt. Das Frontdenken herrscht trotz offiziell entspannterem Klima vor. Einen Wandel macht der Staat selbst schwer möglich<sup>87</sup>.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die gesellschaftspolitischen Veränderungen und das atheistisch-sozialistische Staatssystem bei der katholischen Kirche in der DDR zu keinem wesentlichen Wandel der innerkirchlichen Strukturen geführt hat. Ja, vielleicht ließe sich ohne Übertreibung konstatieren: Der verfestigte etatistische Sozialismus in der DDR hat auch auf Seiten der Kirche nur zu einer Verfestigung der Strukturen beigetragen oder doch wenigstens der Kirche als Alibi für den Erhalt bestehender Strukturen gedient. Jeder Versuch, einen Wandel dieser Strukturen herbeizuführen, wird von vornherein als Versuch der Auslieferung der Kirche an den Kommunismus verdächtigt<sup>88</sup>. Jedenfalls legen diese Interpretation die Erfahrungen von Theologen und Gläubigen nahe, wie sie aus einer Reihe von Dokumenten hervorgehen, die in der Bundesrepublik bislang kaum zugänglich waren.

#### INNERKIRCHLICHE KRITIK AN DER HALTUNG DER KIRCHE

Die zumindest optischen Erleichterungen des Staates, die offizielle Entspannung des Verhältnisses zur Kirche in den letzten zehn Jahren haben das früher ausgeprägte Gefühl, als gläubiger Katholik nur ein Staatsbürger zweiter Klasse zu sein, langsam schwinden lassen. Damit wird gleichzeitig das ausschließliche Frontdenken wenigstens bei den

---

<sup>85</sup> Ebd. 11.

<sup>86</sup> Dieser Eindruck entsteht bei Gesprächen mit Priestern in der DDR immer wieder. Hinzu kommt, daß die staatlichen Strukturen Kommunikationsprozesse nicht erleichtern.

<sup>87</sup> W. Trilling, a. a. O. 12.

<sup>88</sup> Vgl. u. a. oben Anm. 7.



katholischen Intellektuellen in Frage gestellt. Sie wollen hier und da das selbstgewählte Getto verlassen und fordern eine Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt unter nicht nur negativen Vorzeichen. Sie stellen die Frage nach der christlichen Existenz in ihrem Staatssystem. So spricht eine Gruppe von mit der bischöflichen Haltung unzufriedenen Katholiken aus Halle, aus der sich später ein Aktionskreis ähnlich den westlichen Solidaritätsgruppen bildet, für manche Intellektuelle, vor allem in den Studentengemeinden, wenn sie die monolithische Haltung der Kirche schon 1966 so kritisiert: »Wir denken an unsere Kirche in der DDR, nach außen einheitlich erscheinend, bewahrt sie diese Einheitlichkeit doch nur durch gelenkte Aktivitäten und Initiativen kirchlicher Seelsorgeämter; weitgehend klerikal, hat sie die Chance der Pluralität noch nicht entdeckt, die im selbstverantworteten Tun der Laien liegt. Wieviel an echter Demokratisierung der Umgangsformen zwischen Bischöfen, Priestern und Laien, wieviel in kirchlichen Amtsstuben noch nie gedachte Möglichkeiten christlichen Wirkens könnten entbunden werden«<sup>89</sup>.

Natürlich können wir die Berechtigungen so weitreichender Anschuldigungen nicht nachprüfen. Daß wir gezwungen sind, so scharf pointierte Aussagen an dieser Stelle zu verwenden, liegt an den gesellschaftspolitischen Verhältnissen in der DDR. Von den Veröffentlichungen der offiziellen Kirche abweichende Meinungen können nicht publiziert werden. Wer es auf maschinenschriftlichem Wege oder durch Vervielfältigungen versucht, geht ein nicht geringes Risiko ein. So kommt es, daß schriftliche Äußerungen nur dort zustande kommen, wo schon ein hohes Maß an Unzufriedenheit besteht. Es muß daher klar gesagt werden, daß dies aber nur für einen Kreis für Katholiken gilt, der in seiner Größe nur schwer einzuschätzen ist, zumeist aber Gläubige umfaßt, die ernsthaft und aus christlichem Geist eine Erneuerung auch ihrer Kirche anstreben. Sie verstehen sich in keinem Fall als Vorreiter kommunistischer Zielsetzungen gegenüber der Kirche.

Das unterscheidet sie wesentlich von den regimetreuen Katholiken, die in der CDU organisiert sind und sich als sogenannte »progressive« Katholiken verstehen. Diese geben seit dem Tauwetter zwischen Staat und Kirche, also seit 1961, eine eigene Zeitschrift heraus, in der sie – ganz im Sinne der Staatsführung – für ein politisches Bekenntnis der katholischen Kirche zum Sozialismus Moskau-Prägung eintreten, zu-

---

<sup>89</sup> W. Schülke, a. a. O. (s. oben Anm. 81).

gleich aber auch unter den Katholiken westlicher Länder für die Ziele der DDR-Außenpolitik werben<sup>90</sup>.

In einer Korrespondenz von 1967 wird Kritik an der Gestaltung der Kirchenblätter geübt, aber auch an den Veröffentlichungen des St.-Benno-Verlages überhaupt: Es werde »dem Informationsbedürfnis des aufgeschlossenen und bewußten Christen in der DDR in keiner Weise Rechnung getragen. Folgen dieser jahrelangen Versäumnisse sind eine erschreckende Unkenntnis des Laien über den theologischen Aufbruch, sind seine Unfähigkeit, den Dialog mit Andersgläubigen sachgerecht zu führen. Parallel mit diesen negativen Erscheinungen geht der Eindruck, daß die Kirche in der DDR in Isolierung und Tradition verharrt. Die geistige Situation der katholischen Christen in der DDR läßt sich somit wie folgt charakterisieren: der Christ lebt in einem theologischen Bildungsnotstand. Die Chancen des konziliaren Aufbruchs und des Neuansatzes der theologischen Reflexionen werden im Raum der DDR nicht wahrgenommen«<sup>91</sup>.

Es müßte einer eigenen Untersuchung vorbehalten bleiben, ob diese Anmerkungen nicht auf andere deutsche Kirchenblätter auch zutreffen würden. Verschärft werden sie nur in der DDR, da es andere Informationsmöglichkeiten zum Thema Kirche, auch Weltkirche, und Theologie mit Ausnahme westlicher Rundfunk- und Fernsehstationen nicht gibt<sup>92</sup>.

Seit 1969 haben sich Priester und Laien aus dem Erzbischöflichen Kommissariat Magdeburg zu einem Aktionskreis zusammengefunden, der mit namentlich gezeichneten Beiträgen maschinenschriftliche Stellungnahmen vor allem zu innerkirchlich-relevanten Themen verbreitet. Diese Gruppe kritisiert u. a., daß die Aktionen Einzelner von der Kirchenleitung als Spaltertätigkeit abgetan und sie von den »autoritären Systemen in Kirche und Gesellschaft sehr schnell isoliert« werden. Weiter heißt es: »Information und Meinungsbildung fallen weit-

---

<sup>90</sup> Begegnung. Zeitschrift progressiver Katholiken, 11. Jahrgang 1971, monatlich. – Die Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten ist – als Pendant zur Prager Allchristlichen Friedenskonferenz – das Instrument für die außenpolitische Arbeit der CDU-Katholiken.

<sup>91</sup> W. Fieber, Information und theologischer Bildungsstand, ein Diskussionsbeitrag: Korrespondenz, Halle 1967, S. 5.

<sup>92</sup> Aus dem Berliner Ordinariat verlautet, daß überall dort in der DDR, wo das ARD-Fernsehprogramm empfangen werden kann, eine kritischere Haltung der Gläubigen zu bemerken sei. Ob das belegbar ist, bleibt aber fraglich, denn immerhin kann nach westlichen Berechnungen auf fast 90% des DDR-Gebietes Westfernsehen empfangen werden.

gehend aus, da die dafür erforderlichen Strukturen nicht vorhanden sind. Die bestehenden Institutionen verfestigen sich ständig in ihrer Immobilität. Korrekturen von unten fallen aus oder kommen, wo sie angemeldet werden, nicht zum Zuge. Es existiert zu wenig Raum für die Einübung notwendiger kollegialer Formen. Die schon bestehenden sachbezogenen Arbeitsgruppen haben zu wenig Möglichkeit, ihre Meinungen zur Diskussion zu stellen und ihre Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen«<sup>93</sup>.

Eine Analyse der Reaktionen auf die oben angeführte Korrespondenz aus Halle durch den Magdeburger Kreis läßt die Autoren bezüglich der bischöflichen Stellungnahmen zu folgender Einschätzung gelangen: »Selbstverständlich enthielt man sich auf Seiten der Ordinarien ›klug‹ jeder offiziellen Äußerung. Jedoch sorgten die selbst in kirchlichen Kreisen niemals ganz zu unterbindenden Indiskretionen dafür, daß auch in Halle die offiziösen Stellungnahmen hoher kirchlicher Amtsträger nicht ganz unbekannt blieben. Solange da von Psychopathen oder von Leuten die Rede war, die etwas aus westlichen Zeitschriften zusammenschreiben, konnte die Gruppe nur sehr oberflächlich getroffen werden . . . Wenn dann aber ein Ordinarius mit unwiderruflicher Gewißheit äußerte, daß diese Hallenser Gruppe im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit handle, war eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen, die nicht nur die Arbeit der Gruppe lähmte, sondern die auch nicht dazu angetan war, Meinungsäußerungen anderer zu beleben«<sup>94</sup>. Gleichzeitig, behaupten die Autoren, seien die Hallenser durch die kirchliche Autorität darauf hingewiesen worden, »ihre gesellschaftskritische Haltung störe das sich anbahnende gute Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche«<sup>95</sup>. In dem hierin zum Ausdruck kommenden Gegensatz erblicken sie Formen des innerkirchlichen Taktierens, um eben mißliebige, dem bisherigen Monolitismus widersprechende Meinungsäußerungen zum Verstummen zu bringen oder doch wenigstens ihren Einfluß auf ein Minimum zurückzudrängen. Selbst Priester, deren absolut loyale Haltung gegenüber den Bischöfen bislang unbestritten war, stoßen sich an der innerkirchlichen Haltung gegenüber aus dem Amt geschiedenen Mitbrüdern, die in der DDR kaum die Möglichkeit zu anderer beruflicher Tätigkeit erhalten. Der

---

<sup>93</sup> Tagungsbericht des Aktionskreises Halle vom Herbst 1969, S. 1 (vervielf.), gezeichnet von W. Verstege.

<sup>94</sup> W. Schülke, ebd. 5.

<sup>95</sup> Ebd.

Leipziger Oratorianer C. Rosner meint dazu in einer Untersuchung zur »Praxis der Durchsetzung der Zölibatsverpflichtung bei uns« im Januar 1970: »Der Ehemalige sieht sich sozial und wirtschaftlich in die Wüste gestoßen ... Er bringt für jede Kaderakte eine unmögliche Hypothek mit. Das Kuriose ist nämlich, daß die hier Hinausgewiesenen von staatlicher Seite verdächtigt werden, als wollten sie durch einen Trick staatliche Betriebe kirchlich unterwandern ... Er steht buchstäblich draußen vor der Tür«<sup>96</sup>.

Da im innerkirchlichen Bereich keiner der aus dem Amt geschiedenen Priester eine Anstellung erhält, legt nach Meinung des Leipziger Pfarrers »die gegenüber westlichen Ländern härtere Praxis der Kirche in der DDR ... den Verdacht nahe, als solle unter Ausnutzung der schwierigen Situation (geschlossene Grenzen und Zurückweisung arbeitssuchender Kleriker durch den Staat) durch Druck auf die Ausscheidenden der Treue des Klerus nachgeholfen werden ... Es ist einfach unrationell, qualifizierte Kräfte zum Kellner und Taxifahren zu entlassen, es sei denn, daß sie durch jede Art von Dienst in der Kirche der Gemeinde mehr schaden als nützen«<sup>97</sup>. Daß dies aber gerade Meinung der Bischöfe ist, befürchtet wohl Rosner. Dabei weiß er wie alle, die mehr innerkirchliche Bewegung und Freiheit wünschen, um die Problematik dieser Forderung in der DDR und verlangt daher, daß die notwendige Solidarisierung in diesen und anderen Fragen »unter keinen Umständen Abspaltung vom Bischof, die gewisse Kräfte von außen her manipulieren könnten«, bedeuten darf<sup>98</sup>.

Die Befürchtung, daß sich die innerkirchlichen Strukturen nicht lockern, sondern eher noch verfestigen, wird für nicht wenige durch das Vorgehen der kirchlichen Behörden im Fall des »Evangelisch-Katholischen Briefkreises« bestätigt<sup>99</sup>. Über die Tätigkeit seines Leiters, des katholischen Pfarrers K. Herbst, urteilt der bekannte Ökumeniker W. Becker: Diese Briefe »haben viel zur Vertiefung des Dialogs und zum Wachs-

---

<sup>96</sup> C. Rosner, Praxis der Durchsetzung der Zölibatsverpflichtung bei uns, hrsg. von T. Gunkel, C. Rosner, B. Sahler in Leipzig am 10. 1. 1970 (vervielf.); abgedruckt unter: Wir haben ein Gesetz, in: SOG-Papiere 3 (1970) 14 f. Hier auch weitere Dokumente zu dieser Frage.

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> Der Briefkreis wurde 1958 gegründet und wurde durch Spenden evangelischer wie katholischer Geistlicher getragen. Behandelt wurden u. a.: 10. 10. 69 Gottesfrage 52 S.; 1. 1. 70 Evangelium und päpstlicher Primat 23 S.; 20. 1. 70 Abendmahlsgemeinschaft 26 S.; 26. 8. 70 Wandel des Gottesbildes, Wandel der Spiritualität 44 S. Im allgemeinen wurden Beiträge bekannter westlicher Theologen, u. a. auch J. B. Metz und J. Ratzinger, zum Abdruck gebracht.

tum einer guten ökumenischen Atmosphäre besonders unter den Pfarrern beider Konfessionen in der DDR beigetragen«<sup>100</sup>. *Herbst*, der seine Arbeit auf Anweisung der Bischöfe einstellen mußte, nachdem er im Westen längst debattierte Thesen zum Papstprimat verbreitet hatte, sah unter dem Druck der Behörden im April 1971 nur noch die Möglichkeit einer Beurlaubung. Er begründet diesen Schritt damit, daß »kein Ordinarius in der DDR ... den Briefdienst ... als freies Informations- und Diskussionsorgan akzeptieren (darf). Die Übertragung einer großen Pfarrei anstelle der bisherigen Seelsorge sollte nun ... diese Arbeit faktisch unmöglich machen. Ich kann aber den Briefdienst nicht aufgeben ... , weil seit November vorigen Jahres 1240 Leser ihn von neuem ausdrücklich wünschen und weil freie Information und Diskussion auch in unserem kirchlichen Raum notwendig ist«<sup>101</sup>.

#### VERFESTIGUNG KIRCHLICHER STRUKTUREN?

Beispiele dieser Art, die durch umfangreiche Dokumentationen belegt werden können<sup>102</sup>, lassen sich zur Genüge aneinanderreihen. Sie zeigen allesamt mehr oder weniger, daß die – ob berechtigte oder unberechtigte ist von hier aus nicht zu entscheiden – Sorge der Berliner Ordinariatenkonferenz dazu geführt hat, daß ein Wandel kirchlicher Strukturen sich in der DDR kaum abzeichnet, ja nach Meinung verschiedener Kreise eher eine Verfestigung. Ob die mit ihrer ersten Sitzung für Januar 1973 projektierte Pastoralynode<sup>103</sup> diesen Wandel herbeiführen kann, ist heute noch nicht abzusehen. Es mehren sich die Stimmen, die daran zweifeln, denn ein nicht unerheblicher Druck seitens regimetreuer Katholiken, dort gesellschaftspolitische Fragen zu behandeln, dürfte die Bischöfe zu größter Zurückhaltung führen<sup>104</sup>. Die

<sup>100</sup> SOG-Papiere 3 (1970) 384. Hier auch weitere Dokumente dazu. *Becker* ist Oratorianer in Leipzig.

<sup>101</sup> Brief vom 18. 4. 1971; abgedruckt: SOG-Papiere 4 (1971) 198 f.

<sup>102</sup> Es ist wohl damit zu rechnen, daß zukünftig Veröffentlichungen in stärkerem Maße erfolgen werden.

<sup>103</sup> Vgl. oben Anm. 10.

<sup>104</sup> Vgl. nur *J. Kubitzky*, Hier und heute – Grundfrage der Synode: Begegnung 11 (1971) 9 f. Hier wird gefordert, »daß die noch nicht annullierten früheren päpstlichen Verlautbarungen gegen den Sozialismus endlich durch lokale Äußerungen überholt werden«. Die Priester sollen aus ihrem »gesellschaftspolitischen Exil« heraus; am Priesterseminar sollen Vorlesungen »über die Politische Ökonomie

Beurteilung der Meißener Diözesansynode durch den Berliner Kardinal scheint zudem wenig Hoffnung aufkommen zu lassen<sup>105</sup>. Nur wenige allerdings werden betreffs der für die sieben Synodenkomplexe gestellten Fragen so pointiert ablehnend antworten wie der im Herbst 1971 suspendierte Pfarrer *A. Brockhoff*: »So wie die Fragen gestellt sind, haben sie keinen Sitz im Leben. Wenn sie die Signatur der Synode abgeben, dann wird die Synode den Eindruck der Belanglosigkeit, den die Kirche auf allzu viele macht, nur vermehren . . . Wir fürchten kritische Fragen. Mit der Kirche wissen wir uns im Besitz der ewigen Wahrheit. Darum ist alles, was wir sagen, was wir tun, wie wir beten, immer schon das Richtige, an dem wir keine Kritik zulassen«<sup>106</sup>. Unter den gegebenen Umständen besteht die Gefahr, daß sich Resignation auszubreiten beginnt. Die innere Emigration ist bei manchen Katholiken weit fortgeschritten. Eine konservative Kirche verliert nach Meinung dieser kritischen Katholiken an Anziehungskraft und das Getto sei früher oder später das Ende des Katholizismus, der seinen Beitrag zur Gestaltung der Welt ohne Wandel der eingefahrenen Strukturen nicht erbringen könne. »Gewiß müssen wir besorgt sein, ›katholisch‹ zu bleiben, unsere Kinder recht zu erziehen und ein lebendiges Gemeindeleben zu bauen. Letztlich geht es aber nicht um die Frage, ob ›wir unter uns katholisch bleiben‹. Gott wird zuerst danach fragen, ob wir unseren Dienst in der Welt und an den Menschen erfüllt haben, wie das Evangelium sagt«<sup>107</sup>.

Es steht uns hier nicht zu, eine Wertung des vorgelegten Materials vorzunehmen. Es ist auch nicht möglich, die Richtigkeit und den Wahrheitsgehalt jeder einzelnen Aussage zu überprüfen, wie sie die Materialien aus der DDR inhaltlich wiedergeben. Doch wird wohl zur Genüge deutlich, daß das Vorhandensein einer atheistisch-sozialistischen Umwelt, einer Gesellschaft also, die sich das Ende von Religion zum Ziele gesetzt hat, nicht notwendig zu einem wesentlichen Strukturwandel auf seiten der Kirche führen muß. An sich ist es keine neue

---

des Sozialismus« gehalten werden. Zum Schluß heißt es: »Der Katholik in der DDR will Christ und Staatsbürger sein, und er soll wissen, daß er auf göttlichen Auftrag hin seine ganze Kraft für den Fortschritt unserer Gesellschaft einsetzen muß.« Dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

<sup>105</sup> Vgl. oben Anm. 73.

<sup>106</sup> *A. Brockhoff*, Stellen wir die richtigen Fragen?, in: Pastoralynode 6/1971 (vielfältigt). Vgl. auch *K. Richter*, Bericht über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung für die Pastoralynode: Radio Bremen v. 18. 9. 1971.

<sup>107</sup> *W. Trilling*, a. a. O. 15.

Erkenntnis, daß Institutionen gleich welcher Art sich in Zeiten der Gefahr von außen enger zusammenschließen und eine beharrliche Tendenz aufweisen. Für die katholische Kirche in der DDR gilt diese Gesetzmäßigkeit gleichermaßen. Sie entspricht damit auch dem Bild des Katholizismus in anderen Ostblockländern, etwa der Tschechoslowakei, wo sich kirchliche Liberalisierung nur bei gleichzeitiger gesellschaftlicher und politischer Liberalisierung anfänglich zu verwirklichen begann<sup>108</sup>.

---

<sup>108</sup> So z. B. das Werk der Konziliaren Erneuerung (DKO). Zur Lage der Kirche in der CSSR vgl. die gut unterrichteten Artikel in der Herder-Korrespondenz etwa seit 1969. Einen Beweis für diese Sicht stellt dar: *J. Konzal*, Der Priester – ein Schauspieler: Orientierung 35 (1971), 190–192.